

# Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

**DER KOMMENTAR**

**GEHT DAS SCHON WIEDER LOS?**



**Gernot Grumbach**  
Vorsitzender des  
Bezirks Hessen-Süd

FOTO: PETER JÜLICH

Geht das schon wieder los! Vor fast 40 Jahren waren viele von uns auf Veranstaltungen und Demonstrationen. Das zentrale Ziel: die Verhinderung einer weiteren Aufrüstungsspirale mit Mittelstreckenraketen. Es hat dann etwas gedauert, aber 1988 ist der Vertrag zur Begrenzung dieser Waffen in Kraft getreten. Ein Vertrag, der unter anderem gegenseitige Inspektionen vorsieht.

Heute, 30 Jahre später, haben USA und Russland statt auf diesen Inspektionen zu bestehen oder sie für die eigenen Bestände anzubieten, den Vertrag gekündigt. Und schon geht der Spuk los. Die Verteidigungsminister der NATO haben gerade getagt und beginnen die Mitgliedsstaaten auf eine neue Aufrüstung vorzubereiten. In militärischen Briefings fallen schon wieder Begriffe wie „Zweitschlagfähigkeit“. Hier wird er schon wieder gedacht, der Atomkrieg.

Ja, die Welt ist komplizierter geworden. Aber immer noch kontrollieren die USA und Russland 90% dieser Waffen. Und immer noch ist ein halbes Jahr Zeit, um den Vertrag zu retten. Zeit für eine neue Friedensbewegung. Und Zeit für eine EU, die sich klar gegen Aufrüstung positioniert. Der Europawahlkampf hat ein neues Thema gefunden!

Gernot Grumbach

## RECHTLICHE WEGE ZUM BEZAHLBAREN WOHNRAUM: DIE HÄLFTE DES WOHNUNGSMARKTS IN GEMEINNÜTZIGKEIT

**EIN BEITRAG DER ARBEITSGRUPPE WOHNUNGSPOLITIK, STÄDTEBAU UND REGIONALENTWICKLUNG DES SPD-BEZIRKS HESSEN-SÜD**

**D**as Angebot an bezahlbarem Wohnraum wird häufig und zu Recht als „die soziale Frage“ der Gegenwart beschrieben. Um darauf eine Antwort zu finden, sollte zunächst geklärt werden: Wann ist der Wohnraum in einer Großstadt bezahlbar?

Betrachtet man die Ursachen für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, zeigt sich schnell, dass aus unterschiedlichen Gründen (z.B.: Arbeitsplatzangebot, kulturelles Angebot, Infrastruktur) für Großstädte eine höhere Nachfrage besteht, die wegen der Unvermehrbarkeit von Grund und Boden nicht oder zumindest nicht genügend ausgeglichen werden kann. Das Steigen der Mietzinsen ist dann in einer Marktwirtschaft eine im Grunde normale und angemessene Folge. Knappe Güter werden zum Luxusgut, das sich nur Besserverdienende leisten können. Während dies bei manchen Gütern hingenommen werden kann, führt dies beim Wohnraum zur Gentrifizierung: Die Bevölkerung einer Metropole sortiert sich entsprechend ihrer Einkommensgruppen in verschiedene Stadtteile. Die Vielfalt einer Stadt geht dabei verloren. Weiterhin werden Ortsansässige aus ihrer Heimat verdrängt, wenn sie sich die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten können oder zur Gründung einer Familie mehr Wohnraum benötigen.

Wenn nur die Besserverdienenden auf dem freien Markt bezahlbaren Wohnraum finden können, dann lässt sich daraus zugleich eine Lösung ableiten. Eine Preisregulierung nebst Belegungsbindungen bedarf es nur für Mieter der unteren und mittleren Einkommensgruppen. Das heißt: Nur die Hälfte des Mietmarkts darf den Regeln des freien Markts unterliegen, die andere Hälfte nicht. Die letztere Hälfte eines solchen Markts sollte mit einem an den Kosten orientierten, preisregulierten Mietzins aufwarten. Ein solcher regulierter Markt könnte Miethöhen aufweisen,

**Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um einen Ausschnitt einer längeren Abhandlung. Den vollständigen Text findet Ihr auf der Website des SPD-Bezirks Hessen-Süd unter:**

[www.spdhessensued.de](http://www.spdhessensued.de)



FOTO: ADOBE STOCK, BIENDELL/PHOTO

**Alternativ kann der vollständige Text auch in Papierform bei der Bezirksgeschäftsstelle telefonisch bestellt werden: 069 299 888 0**

die dem deutschlandweiten Durchschnitt entsprechen (z.B. 7 bis 8 € pro qm) und dann für jene Wohnungssuchende reserviert werden, deren Einkommen nur dem Durchschnitt oder darunter entspricht. Dies wäre bezahlbarer Wohnraum für alle: Für die unteren und mittleren Einkommensgruppen wird der Mietzins auf ein lageunabhängiges Niveau herunterreguliert und die Besserverdienenden können sich die frei vereinbarten Mieten auf dem renditeorientierten, privaten Wohnungsmarkt leisten.

Hat man dieses Ziel klar vor Augen, also die Hälfte des Wohnungsmarkts in großen Großstädten nicht der renditeorientierten Wohnungswirtschaft in Form der Wohnungsaktiengesellschaften und den privaten Vermietern zu überlassen, lässt sich auch ein rechtlicher Weg dorthin beschreiben. Derzeit sind in Großstädten wie Frankfurt am Main meist etwa 15 % der vermieteten Wohnungen in kommunaler Hand. Weitere 15 % sind in der Hand von Bund, Land oder Genossenschaften, die sich seit langem in der Hand der Mieter befinden und nicht an hohen Mieten interessiert sind. Es bliebe also ein Anteil von 20 % dazuzugewinnen.

Aus mathematischen Gründen reicht es aber nicht, 20 % mehr neue Wohnungen zu bauen, denn neue Wohnungen erhöhen zugleich den Gesamtbestand. Für eine Stadt wie Frankfurt zum Beispiel wären zusätzlich zu den rund 300.000 vermieteten Wohnungen 240.000 Wohnungen neu zu bauen, um bei einer Preisbindung von 75 % im Neubau auf einen Marktanteil von 50 % im Gesamtmarkt zu kommen. Will man nicht den Stadtwald abholzen oder jedes Gebäude auf die doppelte Höhe aufstocken, wird dies allein mit „bauen, bauen, bauen“ nicht zu erreichen sein. Nur chinesische Großstädte gehen diesen Weg.

Wesentlich zielführender ist es in großen Großstädten mit wenig Neubau-

## Die Arbeitsgruppe Wohnungspolitik, Städtebau und Regionalentwicklung

Stadtentwicklung und Wohnen haben eine herausragende Bedeutung in der Kommunalpolitik.

Die Arbeitsgruppe richtet sich an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Vorständen und Aufsichtsräten öffentlicher Wohnungsunternehmen, an Stadtplaner sowie Wohnungsbaupolitische Sprecher von Kommunalfraktionen.

Neben der Erarbeitung von Positionspapieren liegen die Arbeitsschwerpunkte in folgenden Bereichen:

- Bezahlbarer Wohnraum für niedrige Einkommen
- Energetische Qualifizierung von Wohnraum
- Seniorengerechtes Wohnen
- Vorbereitung eines eigenen Wohnraumfördergesetzes
- Prüfung alternativer Strategien zur Schaffung von Wohnraum

Die Arbeitsgruppe Wohnungspolitik, Städtebau und Regionalentwicklung Hessen-Süd freut sich über neue Mitglieder. Wer daran interessiert ist mitzuarbeiten, wendet sich bitte an die SPD-Bezirksgeschäftsstelle:

**ANSPRECHPARTNER:**  
**PATRICK RÖSCH**  
**TEL.: 069 299888-230**  
**MAIL: PATRICK.ROESCH@SPD.DE**

Fortsetzung von Seite I

# RECHTLICHE WEGE ZUM BEZAHLBAREN WOHNRAUM



FOTO: ADOBE STOCK (TANG90246)

flächen, zusätzlich zu einem moderaten Neubau einen Transfer im Bestand zu bewirken. Hier bedarf es nur der Übertragung von 60.000 Wohnungen aus einem renditeorientierten Vermietungsregime in eine ausschließlich kostenorientiert gemeinnützig kalkulierende Vermieterschaft. Die Kostenmiete ist der Standard bei Sozialwohnungen. Er war es auch bei gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, solange es diese bis 1989 in Deutschland noch gab; in Österreich gibt es diese Unternehmen weiterhin. Würde der Rechtsstatus von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in Deutschland wiedereingeführt, könnte mit ggf. heruntersubventionierten, geringen Bodenpreisen dauerhaft ein bezahlbares, dem deutschlandweiten Durchschnitt entsprechendes Mietzinsniveau sichergestellt werden. Bezahlbarer Wohnraum für alle wäre also in einer Stadt wie Frankfurt zu erzielen, wenn weitere 20 % des Wohnungsbestands in eine gemeinnützige Trägerschaft transferiert würden. Dies ist viermal effektiver als ein Neubau mit einem preisregulierten Anteil von 75 %.

Ein solcher Transfer aus dem Bestand ist jedoch kaum im Wege des Aufkaufens, auch nicht mithilfe von Vorkaufsrechten zu erreichen. Sicher ist ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen erstrebenswert. Aber bei durchschnittlich vielleicht 4.000 Immobilienkaufverträgen in Frankfurt pro Jahr, dürften kaum mehr als 6.000 Wohnungen jedes Jahr verkauft werden, die nicht neugebaut sind und bereits zum Vermietungsmarkt gehören. Wollte man auf diese Weise z.B. in zehn Jahren insgesamt 60.000 Wohnungen mittels eines Vorkaufsrechts aufkaufen, würde dies kaum noch zu Verkaufsfällen führen und der Preis der doch noch verkauften Wohnungen würde ins Unermessliche steigen.

Ein direkter Zugriff auf das Eigentum vermieteteter Immobilien erscheint indes nur bei großen Wohnungsunternehmen ökonomisch wie politisch hinnehmbar. Aber deren Bestand liegt geballt in einzelnen Stadtteilen eher am Rande der Stadt. Einer Gentrifizierung kann damit

kaum entgegengewirkt werden, weshalb ein Viertel, höchstens die Hälfte von deren Bestand in einen gemeinnützigen Wohnungsmarkt überführt werden sollte.

Der direkte und unmittelbare Zugriff auf das Eigentum privater Vermieter mit kleinen Beständen wäre auch keine gute Lösung, denn dies wäre mit einer massiven Durchbrechung von Eigentumsstrategien verbunden. Die damit einhergehende Störung von privater Wohnraumbewirtschaftung sollte tunlichst vermieden werden. Weniger störend wäre es indes, beim Eigentümerwechsel für Miethäuser anzusetzen. Mit Mietshäusern sind hier nur vermietete Häuser gemeint, die sich vollständig in der Hand eines oder weniger Eigentümer befinden, nicht WEG-Komplexe. Ein Maßnahmegesetz müsste also einzelnen großen Großstädten erlauben, nicht nur im Falle eines Verkaufs sondern auch im Falle einer Vererbung oder Verschenkung einen Transfer vom renditeorientierten Vermietungsregime hinzu einem gemeinnützigen Vermietungsregime zu bewirken.

Dabei muss für einen solchen Transfer der wirtschaftliche Eigentümer nicht wechseln. Da mit einer wiedereingeführten Wohnungsgemeinnützigkeit grundsätzlich jeder ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen gründen könnte, kann dies auch derjenige, der die Immobilie sonst privat halten würde. Es reicht also, dem großen Wohnungsunternehmen, dem Käufer, dem Erben oder dem Beschenkten eines Mietshauses aufzugeben, die Immobilie in ein von ihm gegründetes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen zu übertragen. Erst wenn dies nicht fristgemäß erfolgt, wäre die Enteignung das anzuwendende Mittel, wobei eine solche Enteignung im Falle eines Eigentümerwechsels, also beim Verkauf, der Vererbung oder Verschenkung, sich nur wie ein Vorerwerbsrecht ähnlich einem Vorkaufsrecht auswirken würde.

Gleichwohl ist eine Enteignung das Unfreundlichsche, was ein Rechtsstaat seinen Bürgern antun kann. Dies gilt erst recht, wenn mit ihr in größerem Umfang private Mietshäuser in ein gemeinnütziges Regime transferiert werden sollen. Wenn die Alternative aber heißt, mit Neubau nur mehr Wohnungen aber keinen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dann würde der Staat seine Bürger im Stich lassen und ihnen das Schlimmste antun, was ihm möglich ist. Metropolen wie Paris und London, in China und den USA leben uns vor, was Gentrifizierung bedeutet: kalte, voller Reichtum quellende, klinisch reine Großstädte im Zentrum und der Perspektivlosigkeit preisgegebene Vororte („banlieues“) in den Randbe-

zirken. Dieses Szenario ist es nicht wert, nur um Erben, Immobilienkäufern und Wohnungsunternehmen eine renditeorientierte Vermögensanlage nicht streitig machen zu wollen.

Die Inhalts- und Schrankenbestimmung in Art. 14 GG sollten ausreichen, um den großen Wohnungsunternehmen und dem neuen Eigentümer eines Mietshauses aufgeben zu können, die Immobilie durch ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen zu halten und zu bewirtschaften. Auch sollte die Vermeidung einer Gentrifizierung und einer Verdrängung von Ortsansässigen eine Angelegenheit zum Wohle der Allgemeinheit darstellen, die eine Enteignung gemäß Art. 14 Abs. 3 GG rechtfertigt.

An dieser Stelle soll nicht diskutiert werden, welche Umgehungsstrategien auftreten und wie diesen begegnet werden könnte. Bisher haben die Juristen unter uns noch keine Umgehungsmöglichkeit gefunden, die nicht verhindert werden könnte.

Aber natürlich geht ein solches Projekt nicht ganz kostenfrei; Enteignungen müssen entschädigt werden und dementsprechend sollte auch der Übergang vom privaten Eigentum hin zu einem gemeinnützigen Vermieterregime finanziell ausgeglichen werden, weil sich die Enteignung sonst für den Eigentümer als vorzugswürdig erweisen könnte.

Nach der verfassungsrechtlichen Literatur bedeutet dies: Im Falle einer Enteignung von Immobilien zugunsten einer gemeinnützigen Wirtschaftstätigkeit muss nur der Sachwert des Gebäudes, also sein Wert den es unabhängig vom Standort hätte, marktkonform unter Berücksichtigung der Altersabnutzungen entschädigt werden. Hinsichtlich des Bodenwerts, also dem Grundstückswert ohne Gebäude, reicht es aber die dafür getätigten Investitionen zu entschädigen mithin den Kaufpreis, der für das Grundstück nach Abzug eines etwaigen Gebäudewerts zuletzt gezahlt wurde. Wegen der Inflation wäre hierauf freilich noch ein Inflationsausgleich zu addieren. Bodenwertsteigerungen, die der Markt für das Grundstück zahlen würde, wären bei einer Enteignung indessen nicht zu entschädigen. Unter diesen Umständen können ein Transfer in ein gemeinnütziges Regime sowie Enteignungen von Mietshäusern mit wesentlich geringeren Entschädigungen vollzogen werden. Insgesamt sollten damit Mieten von 7 bis 8 € pro qm in der regulierten Hälfte des Mietmarkts dauerhaft angeboten werden können. Das wäre bezahlbarer Wohnraum für alle!

# BETRIEBSGRUPPEN

Wo gibt es sie, wo sind sie geplant?



**D**ie betriebliche Solidarität ist wichtiger denn je. Die Menschen arbeiten durchschnittlich wieder länger und zu immer ungünstigeren Arbeitszeiten und dies vielfach ohne Zeit- oder Lohnausgleich. Jeder zehnte Betriebsrat wird in seiner Arbeit behindert und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ohne Tarifvertrag. Das ist nicht hinnehmbar!

Es ist unverkennbar, dass sich die Gesellschaftsstrukturen verändern und damit auch die Bedingungen für Arbeit. Megatrends wie Digitalisierung, Technisierung, globale Vernetzung und Handel sowie der demographische Wandel wirken sich auf die Strukturen der Arbeit aus.

Gleichzeitig verändern sich die Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihre Tätigkeit - Arbeit muss auch Sinn stiften und Bedeutung haben. Arbeit bestimmt über die Position und Teilhabe in der Gesellschaft und gilt als Ort der Selbstverwirklichung.

All diese Veränderungen müssen diskutiert werden, sodass Lösungen für Probleme und zukünftige Herausforderungen gefunden werden können.

Daher wollen wir vorangehen und in den Vorwärtsgang schalten. Unter dem Motto „Gute Arbeit - heute und morgen“ hat sich der SPD-Bezirk Hessen-Süd seit einigen Wochen intensiv mit Betriebsgruppen und ihren Positionen beschäftigt.

Wir wollen gemeinsam mit Euch diese Probleme anpacken. Denn nur gemeinsam können wir die anstehenden Herausforderungen bewältigen und mehr Demokratiegerechtigkeit in den Betrieben, Verwaltungen und Büros herstellen. Alleine kann der Einzelne in Konfliktsituationen gegenüber dem

Arbeitgeber kaum etwas ausrichten. So dient das Gremium einer Betriebsgruppe der gegenseitigen Information und des Austausches von Ideen sowie der Vernetzung über Abteilungsgrenzen hinweg.

Wir bitten Euch um Eure Zusammenarbeit. Teilt uns mit, wenn Ihr bereits lose Zusammenschlüsse in Euren Betrieben habt oder plant, eine Betriebsgruppe zu gründen. Wir helfen Euch dabei, mit Genossinnen und Genossen aus Eurem Betrieb in Kontakt zu treten.

**Mitglieder einer Betriebsgruppe können aktive oder ehemalige Beschäftigte sein.**

**Wer Interesse an einer Mitarbeit in einer Betriebsgruppe oder bei der AfA des SPD-Bezirks Hessen-Süd hat, melde sich bitte bei:**

**EVA-MARIA HEINRICH:**  
**Tel.: 069 299888-210**  
**Mail: [Eva-Maria.Heinrich@spd.de](mailto:Eva-Maria.Heinrich@spd.de)**

## Die AfA

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ist der Zusammenschluss aller in den Betrieben und Verwaltungen tätigen, engagierten sozialdemokratischen Arbeitnehmer\*innen (Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute sowie haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter\*innen und Mitstreiter\*innen in den Betriebsgruppen der SPD).

Das Tätigkeitsfeld der AfA umfasst:

- Arbeitnehmer\*innen mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut machen.
- Die Interessen der Arbeitnehmer\*innen in der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen.
- Die aktive Mitarbeit der sozialdemokratischen Arbeitnehmer\*innen in Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten zu fördern.
- Arbeitnehmervertretungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.
- Die Partei zu unterstützen, in Betrieben und Verwaltung eine Betriebsorganisation und ein Vertrauensleutenetz aufzubauen.

## WIR TRAUERN

**W**ir trauern um **Andreas Heusinger von Waldegge**.

Andreas war von 2004 bis Ende 2017 beim SPD-Bezirk Hessen-Süd beschäftigt. In dieser Zeit lenkte er als Geschäftsführer des Unterbezirks Frankfurt die Geschicke der Partei.

Er war ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat, der engagiert und besonnen die Position der Frankfurter SPD in der Kommunalpolitik wieder gestärkt hat. Vielen Kommunalpolitikern hat er als erfahrener Organisator und Berater zur Seite gestanden und sie auf ihrem erfolgreichen Weg begleitet.

Mit Andreas verliert die SPD einen hoch geachteten Genossen und Kollegen, dem die Arbeit in und mit der Sozialdemokratie eine Herzensangelegenheit war. Vor allem verlieren wir einen wunderbaren Menschen, der durch seine Lebensfreude und seinen Optimismus ein wichtiger Begleiter war.

In Dankbarkeit für die langen Jahre der guten Zusammenarbeit bewahren wir ihm ein ehrendes Andenken. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Elfi und den Angehörigen.



Andreas Heusinger von Waldegge

**W**ir trauern um den Leitenden Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hessen-Nord, **Wilfried Böttner**. Wilfried leitete seit 2006 die Geschäftsstelle in Kassel.

Wilfried war ein durchweg engagierter Sozialdemokrat: Seit 28 Jahren hauptamtlich für die Partei tätig, ehrenamtlich aktiv, immer im Einsatz für die Ziele der Sozialdemokratie, seine Region und seine Mitarbeiter\*innen.

Wir werden die stets hervorragende, ruhige und ehrliche Zusammenarbeit mit ihm vermissen. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen Kindern.



Wilfried Böttner

## AKTIVE FRIEDENSPOLITIK ODER KALTER KRIEG 2.0?

Am 30. März 2019 im Haus am Dom, Frankfurt

**D**ie Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts steht vor ungeahnten Herausforderungen. Geister einer längst hinter uns gewählten Zeit sind zurück: Weltweit gibt es unzählige Krisenherde mit katastrophalen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Autokratische und rechtspopulistische Regierungen gewinnen zunehmend an Einfluss. Spannungen und Blockbildungen sind so stark wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces, zu deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme) zwischen den USA und Russland, der die Vernichtung aller landgestützter Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite nach sich zog, wurde am 1. Februar 2019 aufgekündigt. Er galt als Meilenstein der Abrüstungspolitik sowie als wesentliches Element der kooperativen Sicherheit in Europa.

Darüber wollen wir diskutieren, mit Euch und unseren Referentinnen und

Referenten:

- **Niels Annen**, Staatsminister im Auswärtigen Amt,
- **Dr. Matthias Dembinski**, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
- **Heidemarie Wieczorek-Zeul**, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a.D.
- **Dr. Caroline Fehl**, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
- **Dr. Oliver Meier**, Stiftung Wissenschaft und Politik

Moderation: **Uta Zapf**, ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages

**Wir bitten um Anmeldung unter:**  
[www.spdhessensued.de/termin/friedenspolitik](http://www.spdhessensued.de/termin/friedenspolitik)  
oder telefonisch unter der  
069 299 888 110



FOTO: ADOBE STOCK (VEGFOX.COM)

## BEZIRKSPARTEITAG

Am 15. Juni 2019 in Butzbach

**D**er SPD-Bezirk Hessen-Süd wird am 15. Juni 2019 in Butzbach zu seinem Ordentlichen Parteitag zusammen kommen.

Es werden u.a. die Wahlen für den neuen Bezirksvorstand auf der Tagesordnung stehen.

### Fakten zum Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Antragsschluss ist am: **3. Mai 2019**

Der Parteitag findet statt am:  
**Samstag, 15. Januar 2019**  
von 9:00 - 17:00 Uhr

im: **Bürgerhaus in Butzbach**  
Am Bollwerk 16  
35510 Butzbach

Wer Interesse an einer Teilnahme hat und keine Delegierte oder kein Delegierter ist, kann am Parteitag als Gast teilnehmen. Anmeldung bitte bei:

**Eva-Maria Heinrich**  
Tel.: 069 299888-210  
Mail: [Eva-Maria.Heinrich@spd.de](mailto:Eva-Maria.Heinrich@spd.de)

## TERMINE

## SPD-BEZIRK HESSEN-SÜD

**25.02.19** "Das Ringen um eine Neue Weltordnung: Europa zwischen Russland, China und Amerika?", 19:30 Uhr, SPD-Parteihaus, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel.: 069 299888-140  
E-Mail: [Birgit.Meier@spd.de](mailto:Birgit.Meier@spd.de)

**21.03.19** Europaausschuss, 19:00 Uhr, SPD-Parteihaus, Frankfurt

**09.04.19** Arbeitsgruppe Wohnungspolitik, 19:00 Uhr, SPD-Parteihaus, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel.: 069 299888-230  
E-Mail: [Patrick.Roesch@spd.de](mailto:Patrick.Roesch@spd.de)

## TONI-SENDER-AKADEMIE

**16.03.19** Szenarien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt

**17.03.19** Einfache Sprache - Wirkungsvolle Texte, Frankfurt

**23.03.19** Neumitgliederseminar, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 0611 9997719,  
E-Mail: [toni-sender-akademie@spd.de](mailto:toni-sender-akademie@spd.de) oder Internet [www.toni-sender-akademie.de](http://www.toni-sender-akademie.de)

## AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AFK)

**23.03.19** Vertrauen schaffen durch Bürgerbeteiligung, Wiesbaden

**06.04.19** Grundlagen der kommunalpolitischen Arbeit, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: [info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de) oder im Internet unter [www.afk-akademie.de](http://www.afk-akademie.de)

## IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd  
**Herausgeber:** Gernot Grumbach  
**Redaktion:** Christiane Gregor  
Fischerfeldstr. 7-11  
60311 Frankfurt am Main  
Tel. 069 299888-120